

Lateinamerikapolitik

Birte Windheuser

Das letzte Jahr war in Lateinamerika von Wahlen und politischen Krisen gekennzeichnet, die vor allem die linken Regierungen unter Druck setzten: In Bolivien scheiterte Präsident Evo Morales mit dem Versuch, durch ein Referendum den Weg für eine in der Verfassung nicht vorgesehene weitere Amtszeit zu ebnen. In Venezuela konnte die Opposition die Parlamentswahlen für sich gewinnen und betreibt seither die Absetzung von Präsident Nicolás Maduro. In Argentinien setzte sich Mauricio Macri bei den Präsidentschaftswahlen durch und konnte so die zusammen genommen mehr als zehnjährige Regierungszeit des Ehepaars Néstor und Cristina Kirchner beenden. In Peru lieferten sich die beiden Präsidentschaftskandidaten Pedro Pablo Kuczynski und Keiko Fujimori ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen, welches letztendlich der Ökonom und ehemalige Wirtschaftsminister Kuczynski für sich gewinnen konnte. Dabei war die als Rechtspopulistin bekannte Fujimori wohl vor allem die Vergangenheit ihres Vaters, dem wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilten Ex-Präsidenten Alberto Fujimori, zum Verhängnis geworden. Besonders dramatisch wurde es zuletzt in Brasilien, als gegen Präsidentin Dilma Rousseff aufgrund von angeblicher Manipulation des Haushalts ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wurde. Allerdings wurden die Beziehungen zur Europäischen Union von diesen Ereignissen kaum berührt. Insbesondere die Suspendierung Rousseffs, die zeitlich mit dem Austausch der Markt Zugangsangebote zwischen der Europäischen Union und dem Mercado Común del Sur (Mercosur) zusammenfiel, wurde kaum zur Kenntnis genommen. Der Fokus lag auch in diesem Jahr weiterhin auf der Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen der Europäischen Union zu verschiedenen Ländern Lateinamerikas.

Fortschritte im Freihandelsabkommen mit dem Mercosur

Neue Bewegung kam in die Verhandlungen um das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur: Nachdem der Termin bereits mehrfach verschoben worden war, tauschten beide Seiten im Mai 2016 erstmals seit 2004 wieder Markt Zugangsangebote aus.¹ Zuvor hatten sich 13 europäische Länder klar gegen die Aufnahme von sensiblen landwirtschaftlichen Produkten in das Angebot ausgesprochen, da sie negative Effekte auf den europäischen Agrarsektor sowie auf den Abschluss weiterer Handelsabkommen fürchteten.² Die endgültigen Angebote wurden zwar nicht bekannt gemacht, jedoch scheint die Europäische Union in letzter Minute Quoten für Rindfleisch – eines der wichtigsten Exportprodukte Südamerikas – und Ethanol gestrichen zu haben.³ Dies bedeute laut dem uruguayischen Außenminister jedoch nicht, dass diese Produkte

-
- 1 European Commission: EU-Mercosur joint communiqué on exchange of negotiating offers, Brussels, 11 May 2016, abrufbar unter: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1497> (letzter Zugriff: 17.6.2016).
 - 2 Council of the European Union: Negotiation of the Association Agreement between the European Union and Mercosur, Brussels, 7 April 2016, 7629/16.
 - 3 Buenos Aires Herald: Beef, ethanol excluded from EU trade offer to Mercosur, 12.5.2016.

nicht mehr zur Verhandlungsmasse gehörten.⁴ Die Europäische Union und der Mercosur verhandeln mit Unterbrechungen bereits seit 1999 über ein Freihandelsabkommen. Diesmal soll es aber offenbar schneller vorangehen, weshalb zwei weitere Treffen noch vor der Sommerpause vereinbart wurden.⁵ Dennoch lassen die neuesten Unstimmigkeiten darauf schließen, dass die Verhandlungen auch weiterhin nur holprig und mit viel Unmut auf beiden Seiten fortfahren werden. Abzuwarten bleibt auch, wie sich Venezuelas bevorstehende Präsidentschaft im Mercosur auswirken wird, da das Land nicht an den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen teilnimmt.⁶

Auch könnte sich die Krise im größten Mercosur-Mitgliedsland Brasilien durchaus noch negativ auf die gesamte Region sowie auf die Beziehungen zur Europäischen Union auswirken. Die Ereignisse erreichten mit der Suspendierung von Präsidentin Rousseff am 12. Mai 2016 einen neuen Höhepunkt. Ihr wird vorgeworfen, den Haushalt manipuliert und Gelder für den Wahlkampf abgezweigt zu haben.⁷ Eine formale Anklage gegen sie liegt nicht vor, zudem scheint die Opposition auch nicht von Korruptionsvorwürfen frei zu sein. Von europäischer Seite gab es keine offizielle Stellungnahme zu den Vorkommnissen, obwohl diese zeitlich nahezu parallel zum Austausch der Marktzugangsangebote stattfanden.

Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Union und Kuba beschlossen

Im März 2016 schlossen die Europäische Union und Kuba ihre Verhandlungen über ein bilaterales Rahmenabkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit ab. Dieses soll bis Ende des Jahres von allen Seiten ratifiziert werden und damit den gemeinsamen Standpunkt, welcher bisher die Politik gegenüber Kuba definierte, ablösen.⁸ Kuba war lange daran gelegen, die Europäische Union zur Aufhebung des Standpunkts zu bewegen, da dieser die Intensivierung der Beziehungen unter anderem von Fortschritten im Demokratisierungsprozess und einer Verbesserung der Menschenrechtslage abhängig gemacht hatte.⁹ Insofern ist das neue Abkommen für das Land durchaus von politischer Bedeutung.¹⁰ Aber auch aus wirtschaftlicher Sicht ist das Abkommen interessant: Die Europäische Union ist Kubas zweitwichtigster Handelspartner, wichtigste Exportregion und größter ausländischer Investor. Die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, die zur Unterzeichnung nach Kuba gereist war, bezeichnete das Abkommen als „Beginn einer neuen Phase der bilateralen Beziehungen“¹¹. In der Tat haben diese in den letzten Jahren durch die Öffnung Kubas und die Wiederaufnahme der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten an Dynamik gewonnen.

4 El País: Nin Novoa: “La carne no se sacó, está dentro de la negociación”, 12.5.2016.

5 European Commission: EU-Mercosur joint communiqué, 2016.

6 Günther Maihold: Brasiliens Krise und die regionale Ordnung Lateinamerikas. Auf dem Subkontinent verlagern sich die Gewichte – auch weil die USA wieder im Spiel sind, in: SWP-Aktuell 36/2016, S. 4.

7 Mariana Llanos/Detlef Nolte: Die vielen Gesichter des lateinamerikanischen Präsidentialismus, in: GIGA Focus 1/2016, S. 7-10.

8 European External Action Service: EU-Cuba negotiations towards a Political Dialogue and Cooperation Agreement, La Havana, 11 March 2016.

9 Rat der Europäischen Union: Gemeinsamer Standpunkt vom 2. Dezember 1996 – vom Rat aufgrund von Art. J.2 des Vertrags über die Europäische Union festgelegt – zu Kuba (96/697/GASP), Amtsblatt der EG C 322, 12. Dezember 1996.

10 Eduardo Perera Gómez: Cuba de moda, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.): Perspectivas 2/2015, S. 5.

11 European External Action Service: Remarks by HR/VP Federica Mogherini at the Joint press conference with Minister of Foreign Affairs of Cuba, Bruno Rodríguez, La Havana, 11 March 2016.

Anhaltende Krise in Venezuela

Am 6. Dezember 2015 fanden in Venezuela die Wahlen zur Nationalversammlung statt, aus welchen das Oppositionsbündnis Mesa de la Unidad Democrática seit 16 Jahren erstmals als klarer Sieger hervorging. Das Europäische Parlament hatte ursprünglich geplant, eine Delegation zur Wahlbeobachtung zu schicken, hatte dies aber dann kurzfristig aus Sicherheitsgründen wieder abgesagt.¹² Im März wurde vom venezolanischen Parlament ein Amnestiegesetz zur Freilassung von politischen Gefangenen verabschiedet, da insbesondere in der Zeit kurz vor den Wahlen viele Oppositionelle verhaftet und der bereits inhaftierte Oppositionsführer Leopoldo López zu mehr als 13 Jahren Haft verurteilt worden waren. Präsident Maduro legte umgehend ein Veto gegen das Amnestiegesetz ein, welches durch das Verfassungsgericht bestätigt wurde.¹³ Das Verfassungsgericht war nach den Wahlen von der scheidenden Regierungsmehrheit teilweise noch neu mit regierungsfreundlichen Richtern besetzt worden, sodass Maduro auch in Abwesenheit einer parlamentarischen Mehrheit weiterhin seine Politik durchsetzen kann.¹⁴ So befindet sich das Land zur Zeit in einer politischen Blockadesituation: Gesetze des Parlaments werden durch den Präsidenten mit Unterstützung des Verfassungsgerichts verhindert, während der Präsident mit Hilfe von Dekreten am Parlament vorbeiregiert. Im Mai verlängerte er erneut den wirtschaftlichen Notstand, wodurch Lebensmittel und andere Güter rationiert werden können. Die Opposition plant im Gegenzug ein Referendum zur Amtsenthebung von Maduro.¹⁵ Ob es jedoch tatsächlich so weit kommt, wer in diesem Falle profitieren und wie sich das Militär positionieren würde, ist bisher nicht abzusehen.¹⁶

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Krise widmete auch das Europäische Parlament eine Plenardebatte mit der Hohen Vertreterin Mogherini der Situation in Venezuela. In einer Resolution rief das Parlament die Regierung Venezuelas auf, sich mehr für die Überwindung der Krise einzusetzen und forderte die Freilassung der politischen Gefangenen.¹⁷ Mogherini bot an, die Vermittlungsbemühungen zwischen der Regierung und der Opposition von europäischer Seite zu unterstützen.¹⁸

Verhandlungen mit Mexiko über das Globalabkommen eröffnet

Die Verhandlungen über ein überarbeitetes Globalabkommen zwischen der Europäischen Union und Mexiko sind in eine neue Phase eingetreten: Im Mai 2016 erteilte der Rat der Europäischen Union hierzu das offizielle Mandat.¹⁹ Das aktuell gültige Abkommen aus

12 ABC: La Eurocámara suspende el viaje de una delegación a Venezuela por motivos de seguridad, 2.12.2015.

13 Reuters: Venezuela parliament approves amnesty law, Maduro vows to veto, 20.3.2016.

14 Llanos/Nolte: Die vielen Gesichter des lateinamerikanischen Präsidentialismus, 2016, S. 9.

15 Zeit Online: „Venezuela ist eine Zeitbombe“, 14.5.2016.

16 Claudia Zilla: Macht auf Zeit. Zur Wiederwahl und Absetzung von Präsidentinnen und Präsidenten, in: SWP-Aktuell 15/2016, S. 6.

17 Europäisches Parlament: Lage in Venezuela. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Juni 2016 zur Lage in Venezuela (2016/2699(RSP)).

18 European External Action Service: Statement by High Representative Federica Mogherini on the latest developments regarding Venezuela, Brussels, 8 June 2016.

19 Secretaría de Relaciones Exteriores, Europäische Union: Mexico and the European Union announced the start of negotiations for the Modernization of the Bilateral Legal Framework. Joint Communiqué, Mexiko Stadt, 24 May 2016, S. 1.

dem Jahr 2000 wird als nicht mehr zeitgemäß erachtet. Die neue Vereinbarung soll daher an die „Abkommen der neuen Generation“²⁰, wie beispielsweise die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, angepasst werden.

Hatten die angekündigte Überarbeitung aufgrund der schlechten Menschenrechtslage in Mexiko letztes Jahr noch zu Protesten aus der Europäischen Union geführt, so scheinen diese in diesem Jahr verklungen zu sein, obwohl erst Ende April der Abschlussbericht der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zu den 2014 verschwundenen Studierenden veröffentlicht wurde. Der Bericht erhebt schwere Anschuldigungen gegen den mexikanischen Staat: Es sei nicht genug in den eigenen Reihen und insbesondere gegen hohe Amtsträger sowie Polizei und Militär ermittelt worden. Auch soll die Generalstaatsanwaltschaft verfälschte und vertrauliche Informationen an die Öffentlichkeit weitergegeben haben.²¹ Die Europäische Union nahm die Arbeit laut einer Pressemitteilung „zur Kenntnis“.²² Auswirkungen auf die aktuellen Verhandlungen scheinen die neusten Veröffentlichungen aber nicht zu haben.

Bilanz und Ausblick

Die Europäische Union setzt sich auch weiterhin relativ wenig mit politischen Ereignissen in Lateinamerika auseinander und legt den Fokus klar auf die wirtschaftlichen Beziehungen. Eine kritischere Auseinandersetzung mit aktuellen Ereignissen wäre jedoch wünschenswert, insbesondere wenn mit den betreffenden Staaten konkrete Verhandlungen laufen. Für das kommende Jahr steht das nächste große Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Gemeinschaft Lateinamerikanischer Staaten auf dem Programm, an das man aber aufgrund der Erfahrung der vergangenen Gipfeltreffen keine allzu großen Erwartungen haben sollte.

Weiterführende Literatur

Günther Maihold: Brasiliens Krise und die regionale Ordnung Lateinamerikas. Auf dem Subkontinent verlagern sich die Gewichte – auch weil die USA wieder im Spiel sind, in: SWP-Aktuell 36/2016.

20 European External Action Service: Remarks by HR/VP Federica Mogherini at the Joint press conference with Minister of Foreign Affairs of Mexico, Claudia Ruiz Massieu, Mexiko, 24 May 2016.

21 Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes: Informe Ayotzinapa II. Avances y nuevas conclusiones sobre la investigación, búsqueda y atención a las víctimas, 2016, S. 596-599.

22 European External Action Service: Declaración de la portavoz sobre el informe del GIEI acerca de la investigación sobre la desaparición de los 43 estudiantes en Iguala (México), Brussels, 29 April 2016, 160429_02_en.